

Ressort: Politik

Laschet kritisiert Bundesregierung wegen Rentenstreit

Düsseldorf, 26.08.2018, 14:03 Uhr

GDN - Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und CDU-Vize Armin Laschet hat die Bundesregierung wegen des aktuellen Rentenstreits kritisiert. "Es ist gut, wenn innerhalb einer Koalition Themen intensiv diskutiert werden. Die Bundesregierung muss aber aufpassen, dass sich nicht der Eindruck verfestigt, dass man sich nur streitet, ohne am Ende die eigentlichen Probleme zu lösen", sagte Laschet dem "Handelsblatt" (Montagsausgabe).

"Die Bundesregierung hat sich viel vorgenommen, es wäre jetzt an der Zeit, dass sie einmal damit beginnt, etwas umzusetzen. Stattdessen bricht jetzt die SPD einen Rentenstreit vom Zaun", sagte Laschet weiter. Kritik übte der CDU-Politiker vor allem an dem Vorschlag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, das Rentenniveau bis zum Jahr 2040 bei 48 Prozent zu halten. "Das Thema ist für viele Menschen sehr emotional – und zugleich ist das Rentensystem hochkomplex. Wer hier mit allzu einfachen Wahrheiten operiert, muss sich fragen lassen, ob es um die Lösung von Problemen geht oder Stimmungsmache", sagte Laschet. Der CDU-Vize erwartet, "dass sich jetzt alle in der Bundesregierung dran halten und ihre eigentlichen Aufgaben erledigen und erst recht keine Debatten über Steuererhöhungen beginnen". Statt den Rentenstreit fortzusetzen erwartet der NRW-Ministerpräsident, dass die Große Koalition in Berlin über Zukunftsthemen diskutiert. "Wenn man von morgens bis abends über Flüchtlinge redet und vier Wochen lang alle Kräfte intellektuell und in unzähligen Sondersitzungen aufbringen muss, um eine Regierungskrise abzuwenden, dann bleibt offenkundig keine Zeit mehr, die Zukunftsthemen intensiv zu bearbeiten. Es wäre doch originell, einmal in der gleichen Intensität über Fragen der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in einer sich rasant verändernden Welt zu diskutieren", sagte der CDU-Politiker.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-110891/laschet-kritisiert-bundesregierung-wegen-rentenstreit.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619